

Cornelia Hildebrandt/
Danai Koltsida/Amieke Bouma (Hrsg.)

Left Diversity zwischen Tradition und Zukunft

Linke Parteienprojekte in Europa
und ihre Potenziale

VSA:



Cornelia Hildebrandt/Danai Koltsida/Amieke Bouma (Hrsg.)
Left Diversity zwischen Tradition und Zukunft
Linke Parteienprojekte in Europa und ihre Potenziale

Die Herausgeberinnen

Amieke Bouma ist Geschichtslehrerin am Joke Smit College in Amsterdam. Ihre Forschungsinteressen umfassen post-sozialistische Geschichtsschreibung und Politik der radikalen Linken in Europa. Kontakt: amiekebouma@hotmail.com.

Cornelia Hildebrandt ist Philosophin und Referentin für Parteien und soziale Bewegungen und für den christlich-marxistischen Dialog am Institut für Gesellschaftskritik der Rosa-Luxemburg-Stiftung und seit September 2020 mit Marga Ferré Co-Präsidentin von transform! Europe. Kontakt: hildebrandt@transform-networt.net.

Danai Koltsida ist Juristin und Politikwissenschaftlerin. Derzeit ist sie Direktorin des Nicos Poulantzas Institute mit Sitz in Athen und Vizepräsidentin von Transform! Europe. Sie hat als politische Beraterin in den Bereichen Wahlkampagnen, lokale und regionale Regierung etc. und in der politischen Meinungsforschung gearbeitet. Ihre Forschungsarbeit konzentriert sich auf politische Repräsentation in ihren verschiedenen Aspekten: Untersuchung des politischen Personals, Gesetzgebung und institutionelle Reformen bezüglich der Funktion des Parteiensystems, Wahlverhalten und Wahlgesetzgebung etc. Kontakt: d.koltsida@poulantzas.gr.

Cornelia Hildebrandt/Danai Koltsida/Amieke Bouma (Hrsg.)

Left Diversity zwischen Tradition und Zukunft

Linke Parteienprojekte in Europa und ihre Potenziale

Eine Veröffentlichung der
Rosa-Luxemburg-Stiftung

www.vsa-verlag.de

www.rosalux.de



Dieses Buch wird unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 3.0 Germany License (abrufbar unter www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/legalcode). Nach dieser Lizenz dürfen Sie die Texte für nichtkommerzielle Zwecke vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen unter der Bedingung, dass die Namen der Autoren und der Buchtitel inkl. Verlag genannt werden, der Inhalt nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert wird und Sie ihn unter vollständigem Abdruck dieses Lizenzhinweises weitergeben. Alle anderen Nutzungsformen, die nicht durch diese Creative Commons Lizenz oder das Urheberrecht gestattet sind, bleiben vorbehalten.

© VSA: Verlag 2021, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Druck und Buchbindearbeiten: CPI books GmbH, Leck

Umschlaggrafik: Uwe Stümke

ISBN 978-3-96488-079-6

Inhalt

Einleitung	9
von Amieke Bouma, Cornelia Hildebrandt und Danai Koltsida	
FRANKREICH	
Die Neuausrichtung der radikalen Linken (2017–2020)	32
von Giuseppe Cugnata	
DEUTSCHLAND	
DIE LINKE: strategische Stärke und die Herausforderungen, über die Städte hinaus zu wirken	43
von Cornelia Hildebrandt	
ÖSTERREICH	
Mit frischem Wind aus der Sackgasse	58
von Barbara Steiner	
LUXEMBURG	
Ein Seiltanz zwischen politischer Vereinnahmung und Marginalisierung	71
von Adrien Thomas	
BELGIEN	
Der Aufstieg der außergewöhnlichen Arbeiterpartei	82
von Nico Biver	
NIEDERLANDE	
Eine traditionelle Linke: Die Sozialistische Partei in den Niederlanden ...	99
von Amieke Bouma	
IRLAND	
Die Linke im heutigen Irland (2011–2020)	119
von Stephen Hopkins	
GROSSBRITANNIEN	
Die radikale Linke im vergangenen Jahrzehnt	130
von Kate Hudson	
DÄNEMARK	
Die Rot-Grüne Einheitsliste: Links der Mitte-Links-Regierung	141
von Eva Milsted Enoksen und Ulrik Kohl	
SCHWEDEN	
Linkes Dilemma	158
von Henning Süssner Rubin	

FINNLAND

- Das Linksbündnis von der oppositionellen Außenseiterin zur erneuerten linksgrünen Partei** 171
von Jukka Pietiläinen

ESTLAND

- Von einer marginalen linken Partei zur marginalen Partei einer nationalen Minderheit** 186
von Jukka Pietiläinen

LETTLAND

- Die Linke in Lettland** 200
von Niks Derums

LITAUEN

- Über die Schwäche der politischen Linken** 208
von Andrius Bielskis

POLEN

- Die polnische Linke drei Jahrzehnte nach der Wende** 225
von Piotr Janiszewski

TSCHECHIEN

- Das Ende des Antikommunismus und die unsichere Zukunft der Linken** 239
Von Matěj Mětelec

SLOWAKEI

- Zehn Jahre radikale Linke und linke Milieus** 251
von Michael Augustín

UNGARN

- Die politische Linke in Ungarn** 268
von Zoltán Pogátsa

RUMÄNIEN

- Der kuriose Fall der Sozialdemokratischen Partei Rumäniens**..... 278
von Florin Poenaru

BULGARIEN

- Zwischen Stillstand, Aufbrüchen und akademischen Kämpfen** 292
von Jana Tsoneva

SÜDOSTEUROPA

- Die neue Linke zwischen Dynamik und Stagnation** 302
von Krunoslav Stojaković

GRIECHENLAND

Die Linksparteien in einem turbulenten Jahrzehnt (2010–2020)	318
von Danaï Koltsida	

ZYPERN

Die AKEL – reformkommunistische Agenda oder Pragmatismus?	337
von Yiannos Katsourides	

ITALIEN

Die anhaltende Krise der radikalen Linken	350
von Paolo Chiocchetti	

SPANIEN

Der kontroverse Weg von der Straße in die Regierung	362
von Marga Ferré	

PORTUGAL

Von der linken Mehrheit zur »Zwinker-Regierung« (2015–2020)	378
von André Freire	

Danksagung	391
Übersicht linker Parteien Europas	392
Abkürzungen, Akronyme Parteien und Organisationen	396
Die Autor:innen	403

Einleitung

von Amieke Bouma, Cornelia Hildebrandt und Danai Koltsida

Im vorliegenden Band wird die Entwicklung linksradikaler Parteien und Organisationen in Europa diskutiert und er umfasst den Zeitraum der letzten zehn Jahre, also ab 2010.¹ Die Wissenschaftler:innen und Aktivist:innen, die zu diesem Buch beigetragen haben, wurden gebeten, sich auf die ideologische, programmatische und organisatorische Entwicklung der radikalen Linken als Reaktion auf die globale Finanzkrise, die Fragmentierung der politischen Landschaft, den Aufstieg der radikalen Rechten und das gestiegene Bewusstsein für den Klimawandel zu konzentrieren. Wie haben linke Parteien und Organisationen in 29 Ländern in Europa auf diese Herausforderungen reagiert? Und wie wirken sich regionale und nationale Besonderheiten auf die Entwicklungen innerhalb der Linken aus? Entsprechend dem europäischen Fokus des Bandes wurden die Autor:innen auch gebeten, sich mit den Ansichten der jeweiligen Parteien zur EU auseinanderzusetzen.

Lassen sich allgemeine Trends zur Entwicklung der Linksparteien in der Europäischen Union beobachten? Bei der Erörterung dieser Fragen zeigen die in diesem Band enthaltenen Kapitel die große Vielfalt der radikalen Linken in Europa. Die diskutierten Organisationen reichen von großen Regierungsparteien in einigen Ländern bis hin zu kleinen Protestorganisationen in anderen; sie umfassen sowohl Parteien und Bewegungen der traditionellen, stark materialistisch orientierten Linken als auch Parteien, die sich stärker auf neue Themen und Herausforderungen einlassen, d.h. auch an postmateriellen Themen orientieren. Die Positionen zur europäischen Integration variieren und reichen von Parteien, die die EU abgeschafft sehen wollen, bis hin zu Parteien, die sie als zu verändernde Realität verstehen und eine radikale Veränderung ihrer Institutionen anstreben.

Was ist die (radikale) Linke?

Es gibt mehrere Definitionen der radikalen Linken, wobei sich die Wissenschaftler:innen im Allgemeinen über eine Reihe von Merkmalen einig sind. Wie March und Mudde 2005 argumentierten, umfasst die Familie der radikalen Linken (radikale Linksparteien = RLP) Parteien, die sich positiv auf Fragen der Gleichheit und des Internationalismus beziehen und die aufgrund ihres

¹ Der Band enthält Kapitel über 26 EU-Mitgliedsstaaten (alle außer Malta), einen ehemaligen Mitgliedsstaat (das Vereinigte Königreich) und zwei Länder, die derzeit nicht Mitglied der EU sind (Serbien und Nordmazedonien).

Eintretens für eine grundlegende Transformation des Kapitalismus als radikal bezeichnet werden können. (March/Mudde 2005; Keith/March 2016: 5) Anders als im Allgemeinen deutschen Sprachgebrauch bezieht sich der Begriff des Radikalen hier auf die Radikalität ihres Ansatzes: an die Wurzeln zu gehen und daraus die grundlegenden Umgestaltungen von Gesellschaft abzuleiten. Es sind jene Parteien, die sich mit der linken Tradition identifizierend üblicherweise auf den Sozialismus als die Alternative zum bestehenden gesellschaftspolitischen System beziehen. Wobei es bei den neu gegründeten RLPs wie Podemos und La France Insoumise diesen programmatischen Bezug zum Sozialismus so nicht gibt.

Die Leserin wird darüber hinaus feststellen, dass in den Beiträgen dieses Buches auch einige entferntere Mitglieder der Parteienfamilie diskutiert werden und dass sich insbesondere die Positionen der Parteien zum Internationalismus stark unterscheiden. Immer wieder wird auch darauf aufmerksam gemacht, dass das, was die radikale Linke ausmacht, von Natur aus weit gefasst und situationsabhängig ist. Aus diesem Grund ist die hier verwendete Definition auch relational: Was in der vorliegenden Publikation als radikale Linke analysiert wird, sind die Parteien und Organisationen links von der Sozialdemokratie, die sich von den Grünen unterscheiden. Im Nordwesten und Westen Europas hat sich die Sozialdemokratie in den letzten Jahrzehnten in die Mitte bewegt, sodass die radikale Linke in einigen Ländern Positionen einnimmt, die früher zur sozialdemokratischen Tradition gehörten.

Anders ist das Bild in den postsozialistischen Ländern: Dort wird die radikale Linke oft mit den Erfahrungen des Staatssozialismus in Verbindung gebracht, während sozialdemokratische Parteien oft ihre Wurzeln in den ehemals herrschenden kommunistischen Staatsparteien haben (wenn auch nicht im Fall von Deutschland und der Tschechischen Republik). In wieder anderen Ländern existiert die radikale Linke nicht als parlamentarische Kraft; in den baltischen Staaten zum Beispiel sind Parteien und Organisationen der radikalen Linken sehr klein. Folglich haben einige Autor:innen des vorliegenden Bandes die sozialdemokratischen Parteien dieser Länder als die Parteien betrachtet, die der radikalen Linken am nächsten stehen. Gleichzeitig sind in mehreren postsozialistischen Ländern in letzter Zeit neue Parteienprojekte der Linken entstanden. Beispiele hierfür sind Levica in Slowenien, Možemo! in Kroatien und Razem als Teil des neuen Linksbündnisses in Polen. In wieder anderen Ländern schließlich ist die radikale Linke teilweise über sozialdemokratische Parteien organisiert. Dies ist vor allem dort der Fall, wo Mehrheitswahlsysteme die Bildung starker linksradikaler Parteien verhindern, um über diesen Weg parlamentarische Politik beeinflussen zu können, wie Kate Hudson in ihrer Studie über die Corbyn-Führung der Labour Party in Großbritannien zeigt. Dass ebenso das Wahlsystem die Strategien der radikalen Linken beeinflusst,

zeigt sich insbesondere in Frankreich, wo die radikale Linke wiederholt breitere Koalitionen unterstützte, um die Wahl von rechten und rechtsradikalen Kandidat:innen zu verhindern.

In diesem Band nehmen wir die Unschärfe des Konzepts der radikalen Linken in Kauf, um eine Vielfalt von Ansichten und Organisationen vertreten zu können. Vielfalt ist ein Kernmerkmal der großen Konstellation linksradikaler Parteien und Organisationen. Sie unterscheiden sich in ihren historischen Hintergründen, ideologischen Bezügen, politischen Prioritäten und Organisationsmodellen, aber auch in ihrer sozialen, elektoralen und politischen Wirkung (Hildebrandt 2010). Wo genau unsere Autor:innen den Schwerpunkt ihrer Studie setzen, hängt in hohem Maße von der Präsenz oder dem Fehlen von RLPs im nationalen Parlament des Landes ab.

Nichtsdestotrotz gibt es Fragestellungen, die bei allen hier dargestellten Parteien immer wieder zur Sprache kommen, die sich durch diesen Band ziehen und die zusammen einen guten Eindruck von den Herausforderungen vermitteln, denen sich die radikale Linke in Europa heute gegenüber sieht. Auch diese Aspekte sind relational – in dem Sinne, dass sie sich aus dem Zusammenspiel der verschiedenen politischen Akteure innerhalb nationaler Kontexte ergeben. Schließlich definiert sich die radikale Linke nicht nur in Bezug auf andere Parteien der (radikalen) Linken, sondern konkurriert mit anderen linken Parteien – unter anderem mit Sozialdemokraten und Grünen. Doch darüber hinaus kämpfen Parteien auch mit nationalen politischen Erbschaften sowie aktuellen Herausforderungen.

Die Fragmentierung der Linken

Parallel zur Fragmentierung der weiteren politischen Landschaften erfuhr auch die Linke selbst eine weitere Zerspaltung. In Frankreich, Spanien und Griechenland sind neue Parteien entstanden, die die Vielfalt der radikalen linken Parteifamilie erweitert haben und gleichzeitig Fragen nach der Definition der radikalen Linken aufwerfen. Dazu gehören Podemos in Spanien, die sich zunächst einer Links-Rechts-Ausrichtung verweigerte, obwohl die Partei ihre Wurzeln im Aktivismus sozialer Bewegungen gegen die Austeritätspolitik und in neuen partizipativen Formen des Protests hat, Mélenchons La France Insoumise, ein Projekt französischer ehemaliger Sozialdemokraten, und DIEM25, ein gesamteuropäisches Projekt, das vom ehemaligen Syriza-Finanzminister Yanis Varoufakis initiiert wurde. Diese neuen linken Parteienprojekte neigen dazu, sich stark auf einzelne Führungspersonlichkeiten zu stützen, die sowohl den Kurs der Partei als auch ihre Beziehung zu anderen linken Akteuren weitgehend bestimmen. Die Beziehungen variieren von enger Kooperation bis hin

zu Konfrontation. In Spanien bildeten Izquierda Unida und Podemos ein Wahlbündnis (Unidas Podemos). In Frankreich kooperieren und konkurrieren die PCF und La France Insoumise. In Griechenland ist das Verhältnis zwischen Syriza und DIEM25 bzw. der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE) von Konfrontation geprägt.

Die populistischen Strategien von Syriza, Podemos und Mélenchon haben die Frage nach einem linken Populismus in den Mittelpunkt der akademischen und politischen Debatte gerückt. Der Begriff des Linkspopulismus ist allerdings umstritten, nicht zuletzt deshalb, weil eine allgemein akzeptierte Definition fehlt, er unterschiedlich bewertet und von Rival:innen abwertend verwendet wurde. Obwohl dies nicht der Ort ist, um die Nützlichkeit des Konzepts im Detail zu diskutieren, haben wir uns dafür entschieden, die hier genannten Parteien nicht pauschal als populistisch zu klassifizieren, sondern von einem populistischen Diskurs zu sprechen, der in bestimmten Fällen von Parteien verwendet wird: als Methode der Kommunikation. Bei einigen Parteien geht dies zugleich einher mit organisatorischer Fokussierung auf deren starke Führungspersönlichkeiten.²

Die Fragmentierung der Linken in Frankreich, Spanien und Griechenland hatte zugleich direkte Auswirkungen auf die Fragmentierung der radikalen Linken auf europäischer Ebene. Dies wurde bei den Europawahlen 2019 sichtbar, als die Europäische Linkspartei von La France Insoumise und vom Europäischen Frühling, einer von DIEM25 gegründeten Partei, herausgefordert wurde. Auf die Konkurrenz und Fragmentierung der europäischen Linken wird später näher eingegangen.

² Der Begriff des Linkspopulismus ist im politischen Diskurs und in der akademischen Literatur nach wie vor umstritten. Es gibt aber einige umfassende Analysen zu diesem Thema: Siehe z.B. Mudde/Kaltwasser (2017). Im linken Teil des politischen Spektrums analysierten nach den Erfolgen der Linken in Lateinamerika viele Intellektuelle die Erfolge der Linken in Europa, indem sie den Linkspopulismus als theoretischen Rahmen nutzten. Siehe dazu z.B. Prentoulis (2021); Agustín (2020) und Katsambekis/Kioupkiolis (2019). Chantal Mouffe behauptete, es gebe ein »populistisches Moment«, das dann entstehe, wenn es angesichts des Verwischens politischer Trennlinien zwischen rechts und links für die Zivilgesellschaften keine Möglichkeiten der Wahl politischer Alternativen gibt (Mouffe 2018). Andere Autor:innen kritisieren jedoch die populistische Strategie, weil sie sich gegen die traditionelle, klassenbasierte oder marxistische Analyse richtet. Siehe z.B. Sotiris (2019); Fassin (2020). Das Epitheton »populistisch« wurde auch von Politiker:innen der Mitte verwendet, um die Vorstellung zu unterstreichen, dass »extreme« Kräfte auf der rechten und linken Seite die Demokratie bedrohen, insbesondere in Ländern, in denen die Linke im Aufwind ist. Dies ist der Grund, warum Syriza, Podemos und France Insoumise diese Bezeichnung generell zurückweisen. Für weitere Lektüre siehe auch »Vom Sozialismus zum Populismus und zurück« im Jacobin 35/2019.

Das Wachstum der radikalen Rechten

Die Einwanderungswelle nach Europa, insbesondere ab 2015, verlieh den Themen Identität und Vielfalt in der öffentlichen Debatte mehr Gewicht. In Nordwesteuropa trug der Aufstieg der radikalen Rechten zu einem allgemeinen Rechtsruck bei, eine Entwicklung, die in Österreich seit den 1980er Jahren zu beobachten war und die in ganz Europa Wiederhall fand. In der Folge verringerte sich der Raum für linke Politik. Die politische Fragmentierung und der Aufstieg der Rechten haben auch dazu geführt, dass sich die Parteien der Mitte in erster Linie darauf konzentrieren, die radikale Rechte aus der Regierung herauszuhalten. Wie desaströs Koalitionen mit der radikalen Rechten sein können, zeigte sich in Österreich, wo eine Koalition der Konservativen mit der Freiheitlichen Partei (FPÖ) an einem Korruptionsskandal um FPÖ-Vizekanzler Heinz-Christian Strache zerbrach. Er war auf Tonband aufgenommen worden, wie er seine Bereitschaft äußerte, Schmiergelder von russischen Oligarchen anzunehmen. Dies führte zu einem weiteren neuen Phänomen: der Bildung einer konservativ-grünen Regierung im Jahr 2020.

Wie Henning Süssner Rubin am Beispiel Schwedens demonstriert, hat das Wachstum von Parteien an den Rändern auf beiden Seiten des politischen Spektrums die Parteien der Mitte in Regierungskoalitionen enger an sich gebunden und damit paradoxerweise ebenso den Raum für die radikale Linke verkleinert. Ähnliche Konsequenzen hat das Aufkommen von starken Führungspersonlichkeiten, wie Zoltán Pogátsa mit Blick auf Ungarn und Piotr Janiszewski mit Bezug auf Polen zeigen. Auch hier hat sich der Raum für die radikale Linke sowie für andere Alternativen zugunsten ihrer Regierungen verringert. Beide Autoren stellen auch fest, dass in Ungarn und Polen viele soziale Gruppen, die eigentlich zur traditionellen Basis der Linken gehören, in der Realität die Regierungsparteien unterstützen. Dies wird auf die Fähigkeit der Regierungspartei zurückgeführt, Sozialpolitik umzusetzen – im Unterschied zu den linken Parteien in der Opposition, die in beiden Ländern nur über geringe Möglichkeiten verfügen, Veränderungen durchzusetzen. Gleichzeitig hat die schwache Position der Linksparteien dazu geführt, sich vor allem darauf zu konzentrieren, die amtierende Regierung und die sich verschlechternde politische und Menschenrechtssituation in diesen Ländern herauszufordern. Dabei legen sie weniger Wert auf soziale Themen, mit denen die Menschen in ihrem täglichen Leben kämpfen.

Die radikale Linke und die Sozialdemokratie

Die sich verändernde politische Landschaft hat strategische und kurzfristige Partnerschaften zwischen Linksparteien und sozialdemokratischen/sozialistischen Parteien häufiger werden lassen. Das Bild, das sich aus dem vorliegenden Band ergibt, ist, dass eine Mehrheit der Linksparteien sich schwer tut, sich auf diese Situation einzustellen. Während in mehreren europäischen Ländern die Linksparteien in verschiedenen lokalen Koalitionen auch ohne die Sozialdemokraten regieren, ist dies auf nationaler Ebene nur selten der Fall. Die rühmliche Ausnahme bildete Griechenland, wo Syriza von 2015 bis 2019 als bestimmender Partner in einer Koalition mit der rechtspopulistischen Partei ANEL agierte. In Spanien trat Unidas Podemos als Juniorpartner der Sozialdemokraten in die Regierung ein. Das Gleiche gilt für Schweden und Portugal, wo die Linksparteien Minderheitsregierungen unterstützt haben, sowie für Finnland, wo die Linksallianz einem Fünf-Parteien-Bündnis beigetreten ist – alle von den Sozialdemokraten geführt.

Die ideologische Position der Linksparteien am linken Ende der politischen Landschaft und ihr Beharren auf einer klaren Rechts-Links-Dichotomie macht diese Parteien naturgemäß weniger flexibel als andere Akteure im sich wandelnden politischen Feld. Dies wiederum erhöht die Abhängigkeit der Linksparteien von sozialdemokratischen (und in geringerem Maße von grünen) Parteien als bevorzugte Partner, selbst wenn diese Präferenz nicht erwidert wird. Denn sozialdemokratische Parteien neigen im Großen und Ganzen dazu, Mitte-Rechts- und grüne Parteien als Koalitionspartner zu bevorzugen. Um diese Abhängigkeit zu umgehen, haben sich neuere linke Projekte, darunter Podemos und La France Insoumise, nicht als *radikale* linke Parteien positioniert, sondern als Parteien des Volkes gegen die Eliten. In Griechenland führte der Kampf gegen die Memoranden-Politik der Troika zu einer von Syriza geführten Regierung (2015–2019). In Spanien bildet seit 2019 Unidas Podemos eine Koalitionsregierung mit den Sozialisten. In Frankreich sind die Bedingungen angesichts der dominierenden Rolle des Präsidenten andere. Obwohl der linksradikale Kandidat Mélenchon bei den Präsidentschaftswahlen 2017 gut abschnitt, gelang es La France Insoumise und der PCF bei den darauffolgenden Parlamentswahlen nicht, auf einer einheitlichen Plattform zusammenzuarbeiten und die Unterstützung für linksradikale Politik zu konsolidieren.

In mehreren Ländern signalisierte der Niedergang der Sozialdemokraten den Niedergang der Linken im weiteren Sinne. Den Linksparteien gelang es nicht oder nur in sehr begrenztem Maße, einen Teil der ehemals sozialdemokratischen Wählerschaft zu übernehmen. Dies wird beispielsweise in den Niederlanden deutlich, wo die Sozialistische Partei in den letzten Jahren einen Rückgang ihrer Wählerstimmen hinnehmen musste und nicht davon profi-

tieren konnte, dass die niederländische Arbeiterpartei (PvdA) 2017 über zwei Drittel ihrer Sitze verlor. In Deutschland hat Die Linke ebenfalls nicht von dem Niedergang der SPD profitiert. In der Tschechischen Republik deuten aktuelle Umfragen darauf hin, dass sowohl die Kommunistische Partei (KSCM) als auch die Sozialdemokraten nach den Wahlen im Oktober 2021 ihre parlamentarische Präsenz verlieren könnten.

So wie es aussieht, haben sowohl die radikale Linke als auch die sozialdemokratischen Parteien Probleme, neue Wählerschichten zu gewinnen. Beide Parteifamilien formulieren ihre Positionen vor allem entlang sozialer Fragen. Dabei ist es nicht ungewöhnlich, dass die radikale Linke Positionen besetzt, die nur deshalb »radikal« wurden, weil die Sozialdemokraten sie im Zuge ihrer Annäherung an die politische Mitte aufgegeben haben. Manche Autor:innen schlussfolgern daher, dass für viele der europäischen RLPs die Suche nach einer breiten Unterstützungsbasis mit dem »Preis« verbunden ist, weniger radikal zu werden. Sie beobachten eine gewisse Sozialdemokratisierung der RLP, die jedoch nicht getrennt vom Niedergang der »traditionellen« sozialdemokratischen Parteien gesehen werden kann, deren frühere Positionen nun den RLP zufallen. Gleichzeitig gelang es keiner der regierenden Linksparteien, eine grundlegende sozial-ökologische Transformation der Gesellschaft einzuleiten. Also der Anspruch auf einen radikalen gesellschaftlichen Wandel jenseits des Kapitalismus konnte bisher nicht erreicht werden. Was aber möglich zu sein scheint ist, Verbesserungen oder die Stabilisierung sozialer Lagen durchzusetzen und gegebenenfalls darüber hinaus den Zugang zu politischer Partizipation zu erweitern oder gar zu vertiefen.

Dass solche Prozesse auch auf niedrigeren Ebenen stattfinden können, zeigt der Fall der KPÖ in der Steiermark: Barbara Steiner beobachtet, wie die österreichische KPÖ seit Anfang der 2000er Jahre bei den Kommunalwahlen in Graz 20% und bei den steirischen Landtagswahlen rund 5% der Stimmen erringen konnte – während die Ergebnisse bei nationalen Wahlen nicht über den landesweiten Durchschnitt der KPÖ von rund 0,7% hinausgehen.

Die unruhige Allianz zwischen Sozialdemokraten und radikalen linken Parteien bleibt eine Konstante für alle Linksparteien in Europa, vor allem dann, wenn sie an politischem Einfluss gewinnen wollen. In Spanien endete die anfängliche Weigerung der PSOE, Unidas Podemos als Koalitionspartner in Betracht zu ziehen, in einer politischen Krise und Neuwahlen, die schließlich doch noch zu einer linken Koalitionsregierung führten. In Portugal unterstützten linksradikale Parteien von 2015 bis 2019 eine sozialdemokratische Minderheitsregierung. André Freire stellt fest, dass diese Regierung politisch und wirtschaftlich gut funktioniert hat, trotz anfänglich niedriger Erwartungen. Die Mühe wurde von den Wähler:innen belohnt, die 2019 eine Fortsetzung der gewählten Konstruktion ermöglichten. Ungeachtet dieses Erfolges setz-

ten die Sozialdemokraten nun ihre Minderheitsregierung fort, ohne sich die Unterstützung der radikalen Linken zu sichern, und verließen sich stattdessen auf einen Wechsel der Bündnisse. In Schweden gewann die Linkspartei viel Einfluss, als sie von 2014 bis 2018 eine Minderheitsregierung aus Sozialdemokraten und Grünen unterstützte. Ihr Einfluss verringerte sich jedoch stark, als die rot-grüne Minderheitsregierung von einer Koalition aus Sozialdemokraten und Mitte-Rechts-Parteien abgelöst wurde. Hier war dieser Wechsel jedoch das politische Ergebnis der Wahlen 2018, die zu Verlusten für die regierenden sozialdemokratischen und grünen Parteien führten. Obwohl die linksradikale Vänsterpartiet bei den Wahlen gut abschnitt, verlor sie aufgrund der schwächeren Position der linken Parteien in der Regierung an Einfluss.

In Ermangelung einer sichtbaren organisierten radikalen Linken in ihren jeweiligen Ländern haben die Autor:innen der Kapitel über Bulgarien, Rumänien, Lettland und Litauen beschlossen, sich weitgehend auf die sozialdemokratischen Kräfte zu konzentrieren, da diese der radikalen Linken politisch am nächsten stehen. In Litauen konzentrierten sich die linksradikalen Aktivitäten der Neuen Linken 95 darauf, linke Themen auf die Tagesordnung zu setzen und die Sozialdemokraten zu beeinflussen, damit sie sich zu linkerem Positionen bewegen. Folglich hoffen einige Autor:innen, dass eine Linkswende der Sozialdemokraten auch eine radikalere linke Politik inspirieren könnte. Dies scheint jedoch nicht immer ein wahrscheinliches Szenario zu sein, wie Jana Tsoneva am Beispiel Bulgariens deutlich zeigt. Hier verleitete der Niedergang der sozialdemokratischen Bulgarischen Sozialistischen Partei die Partei dazu, sich zunehmend nach rechts zu wenden, um Stimmen zurückzugewinnen – eine Strategie, die nicht erfolgreich war.

Erfahrungen mit der Regierung

In Südeuropa führten die Wirtschaftskrise und die daraus resultierenden Sparprogramme zu erheblichen sozialen Protesten und zu einer weitreichenden Fragmentierung oder zum Zusammenbruch der (früheren) Parteiensysteme. Dies führte vor allem zur Beteiligung der jeweiligen RLP an Regierungskoalitionen, entweder als Hauptpartner (Syriza in Griechenland und AKEL in Zypern) oder als Juniorpartner der Sozialdemokraten (Unidas Podemos in Spanien). In Portugal waren der Bloco de Esquerda (Linksblock) und die PCP nicht direkt an der Regierung beteiligt. Sie erklärten sich aber dazu bereit, die sozialdemokratische Minderheitsregierung zu unterstützen. In Nordeuropa wurde eine ähnliche Konstruktion von der Rot-Grünen Allianz (RGA) in Dänemark und der Linkspartei in Schweden befürwortet. Die Regierungserfahrungen haben sich auf die Strategien, die Organisation und das

Bewusstsein all dieser Parteien ausgewirkt. Die Bewertung der Regierungserfahrungen der radikalen Linken war darüber hinaus Gegenstand von Diskussionen in der gesamten europäischen Linken, da sie einige der schwierigeren strategischen Herausforderungen aufzeigt, denen sich die Linke heute gegenüber sieht.

Die unterschiedlichen nationalen politischen Kontexte, in denen diese Parteien agieren, haben offensichtlich zu unterschiedlichen Regierungserfahrungen geführt. In Zypern agierte die AKEL als wichtigste politische Kraft in einem Präsidialsystem. In Griechenland hingegen führten die ständigen Auseinandersetzungen zwischen Syriza und KKE letztlich dazu, dass Syriza ein Regierungsbündnis mit einer Partei der populistischen Rechten einging. Radikale linke Parteien, die Juniorpartner in einer Regierungskoalition waren oder die sozialdemokratische Regierung tolerierten, mussten natürlich ihre politische Agenda mit ihren Seniorpartnern aushandeln. Ungeachtet dieser Unterschiede fiel es allen Parteien schwer, eine Agenda umzusetzen, die über die traditionelle soziale Agenda der Sozialdemokratie hinausging. Wobei die Syriza-Regierung in Griechenland vor der Herausforderung stand, ihre politische Agenda nicht nur gegen die nationalen Rechtsparteien und Medien, sondern auch gegen internationale Finanzinstitutionen wie die Troika (die Europäische Kommission, die Europäische Zentralbank [EZB] und der Internationale Währungsfonds) durchzusetzen versuchte.

Darüber hinaus veränderte sich unter den Bedingungen der Regierungsbeziehung grundlegend das Verhältnis zwischen Syriza und den sozialen Bewegungen, da letztere nun gegen die Regierungspolitik protestierten, die eben von Syriza als Regierungspartei durch- bzw. umgesetzt wurde. Syriza konnte angesichts der Auflagen der Troika die Erwartungen der Anti-Austeritäts-Bewegung nicht erfüllen, die zugleich aber der Grund für ihren politischen Erfolg und letztlich für die Bildung der Linksregierung war. Seit ihrer Abwahl im Jahr 2019 hat Syriza die Zeit genutzt, um über die gemischte Erfahrung der Regierungsbeteiligung nachzudenken.

Yiannos Katsourides beschreibt ähnliche Probleme für die AKEL in Zypern. Er stellt fest, dass das Regieren in Zeiten der Wirtschaftskrise mit »Wahlkosten« für die Partei verbunden war, welche die Identität der Partei beschädigte – ein Umstand, der auch für die zyprische Linke die Frage nach dem Sinn des Regierens aufwarf.

Die Regierungsbeteiligung von Linksparteien bleibt ein andauerndes »Experiment« (derzeit in Spanien), das von Widersprüchen und neuen, ungewohnten Herausforderungen geprägt ist. Die Beiträge in diesem Band zeigen, dass viele Parteien, unabhängig davon, ob sie selbst an der Regierung beteiligt sind oder nicht, linke Regierungserfahrungen kritisch verfolgen und hierfür gegebenenfalls rote- oder Haltelinien formulieren.

Die Linke in Ost- und Südosteuropa

In Südost- und Osteuropa wurde die Entwicklung von Parteiensystemen entlang sozioökonomischer und soziokultureller Konfliktlinien nach 1989/1991 von Kämpfen um die Kontrolle über staatliche Institutionen begleitet. Ein wiederkehrendes Merkmal ist der Kampf gegen Korruption, der oft mit neuen Formen von »Staatsparteien« wie Fidesz in Ungarn oder »Unternehmerparteien« wie ANO in der Tschechischen Republik verbunden ist. Politische Entscheidungen beruhen zudem oft auf Persönlichkeiten und nicht auf Parteibindungen – eine Entwicklung, die auch in Westeuropa zunehmend zu beobachten ist.

Politiker:innen werden nach wie vor für ihre Position während des Staatssozialismus (ab)gewürdigt (obwohl auch dies in einigen Ländern zu verblassen scheint, wie Matěj Mětelec für die Tschechische Republik feststellt). Die politischen Präferenzen der Wählerschaft sind auch das Ergebnis der jüngsten Erfolgsbilanz prominenter Politiker:innen. So stellt Michael Augustín mit Blick auf die Slowakei fest, dass langjährige Probleme mit Korruption die Wähler:innen dazu veranlassten, ihre Wahlentscheidung hauptsächlich auf die wahrgenommene Vertrauenswürdigkeit der Politiker:innen zu stützen und nicht auf ihre politische Farbe der Partei. Florin Poenaru beschreibt, wie in Rumänien Anti-Korruptionskampagnen, die von rechten Koalitionen seit 2004 initiiert wurden, gezielt die Sozialdemokraten ins Visier genommen haben und so zum parteipolitischen Kampfinstrument werden.

Das Erbe des Staatssozialismus bleibt auch dreißig Jahre nach seinem Zusammenbruch offensichtlich. Vor allem in Ost- und Südosteuropa kämpfen linksradikale Organisationen und Aktivist:innen damit, die in der Gesellschaft immer noch verankerten negativen Einstellungen zum Sozialismus zu überwinden. Dies führt auch zu einer Marginalisierung der Linken – und das, obwohl die Bürger:innen eine eher positive Einstellung gegenüber staatlichen Eingriffen hegen. Andrius Bielskis und Michael Augustín stellen fest, dass in Litauen bzw. der Slowakei die Zahl der Bürger:innen, die sich mit linken Positionen identifizieren, weit größer ist als die Gruppe der linken Wähler:innen.

Rechte Politiker:innen fördern negative Einstellungen zum Sozialismus als Strategie, um die Linke in ihrer Gesamtheit zu delegitimieren. Dies ist in Ungarn und Polen offensichtlich, wo die Regierungsparteien Fidesz und die polnische »Recht und Gerechtigkeit« (PiS) den Antikommunismus nutzen, um so jegliche linke Opposition zu delegitimieren. Dennoch sollte diese Konfliktlinie – die Position der Parteien zum Staatssozialismus/Kommunismus – nicht überschätzt werden: Wie Piotr Janiszewski argumentiert, ist die »postkommunistische Spaltung« zwischen linken Parteien mit nuancierten Ansichten über die staatssozialistische Vergangenheit auf der einen Seite und rechten Parteien mit negativen Ansichten über diese Geschichte auf der anderen Seite nicht

mehr die Haupttrennlinie in der polnischen Politik. Stattdessen befinden sich sowohl die PiS als auch die liberal-konservative Hauptoppositionspartei Bürgerplattform (PO) auf der gleichen (rechten) Seite dieser Kluft.

Eine andere Situation liegt in der tschechischen Republik vor. Matěj Metelec beschreibt hier die Isolation der kommunistischen Partei (KSCM) durch alle anderen Parteien, sodass eine Mitte-Links-Regierung unmöglich ist und die Sozialdemokraten nur mit Parteien rechts von ihnen Regierungskoalitionen bilden können. Eine ähnliche Situation gibt es in Deutschland, wo DIE LINKE von anderen Parteien als Koalitionspartner auf nationaler Ebene abgelehnt wird, obwohl DIE LINKE an mehreren Regierungen auf der Ebene der Bundesländer beteiligt ist und in einem Bundesland den Ministerpräsidenten stellt. Wobei derzeit die Chance einer Regierungsbeteiligung schon an der Schwäche von Sozialdemokraten und Linken scheitern würde.

Ebenso scheint ein Teil der Wähler:innen in den ehemals sozialistischen Ländern immer noch die Behauptung zu akzeptieren, dass die negativen Auswüchse des neoliberalen Kapitalismus eher aus lokalen Unzulänglichkeiten als aus globalen Ungleichheiten resultieren. So stellt Krunoslav Stojaković in seinem Beitrag über die südosteuropäischen Länder Kroatien, Nordmazedonien, Serbien und Slowenien fest, dass die Menschen noch immer die Ansicht vertreten, dass die Probleme des Kapitalismus aus dem »unvollständigen Übergang zum ›reinen‹ Kapitalismus« in ihren Ländern resultieren und nicht aus der Natur des Kapitalismus selbst. Auch Andrius Bielskis beschreibt dies mit Blick auf Litauen, deren Wähler:innen dazu neigen, politische und wirtschaftliche Probleme in ihrem Land durch einen Mangel an Neoliberalismus zu erklären, anstatt die Probleme als Ergebnis des neoliberalen Systems zu verstehen. Vor allem in der Tschechischen Republik und Rumänien tragen die traditionellen Linksparteien zu einem Bild von sozialistischen Parteien bei, die als rückwärts gewandte Akteure hauptsächlich die Nostalgie ehemaliger Parteikader ansprechen.

In den baltischen Staaten besteht eine Besonderheit des Post-Sozialismus darin, dass (gemäßigte) linke Parteien zu Trägern der Vertretung der russischsprachigen Minderheit geworden sind. Wie Jukka Pietiläinen anmerkt, wurde die estnische Vereinigte Linkspartei von einer Fraktion um den ethnischen Russen Mstislav Rusakov übernommen; seitdem scheint die Partei die Kommunikation in estnischer Sprache gänzlich eingestellt zu haben. Niks Derums merkt an, dass sich die sozialdemokratische Partei in Lettland lange Zeit mehr zu Minderheitenfragen als zu klassischen sozialdemokratischen Themen im Zusammenhang mit Sozialpolitik und Wirtschaft geäußert hat.

In mehreren anderen Ländern signalisieren die jüngsten Parteiprojekte jedoch das Aufkommen neuer linker und progressiver Initiativen. Dazu gehören Levica in Slowenien und die links-grüne Plattform Možemo! in Kroatien,

die beide aus lokalen Protestbewegungen entstanden sind. Weitere Beispiele sind die polnische RAZEM, eine Partei, die linke Positionen vertritt, sich aber deutlich von den traditionellen kommunistischen Linken distanziert, oder die Piratenpartei in der Tschechischen Republik.

Programmatische Perspektiven und Wählerbasis der radikalen Linken

RLPs in ganz Europa haben es schwer, in einer sich wandelnden politischen Landschaft parlamentarisch und gesellschaftspolitisch bedeutsam zu bleiben. Die Beiträge in diesem Band zeigen, wie Parteien mit Prozessen der programmatischen und organisatorischen Erneuerung kämpfen. Vor allem haben sich programmatische Fragen als Reaktion auf die sich verändernde Wählerschaft der radikalen Linken gestellt. Viele parlamentarisch vertretene Linksparteien haben in den letzten Jahrzehnten erlebt, dass ihre Wählerschaft zunehmend gebildet, urbanisiert und jünger geworden ist. Zum Teil ist diese sich verändernde Wählerschaft das Ergebnis von Veränderungen in der sozialen Zusammensetzung der Gesellschaft, insbesondere auch die Veränderungen der Arbeiterklasse, auf die sich die Linksparteien mehrheitlich beziehen. Da jedoch die soziale Kluft zwischen städtischen Gebieten und ländlichen Regionen hinsichtlich der Dimensionen wie Alter, Bildungsniveau, Einkommen und Beschäftigung wächst, fällt es den Linksparteien in vielen Ländern schwer, auch diejenigen anzusprechen, die scheinbar zurückbleiben. Vor allem in Nordwesteuropa ist es rechtspopulistischen Parteien gelungen, ehemalige linke Wähler:innen aus der Arbeiterklasse zu gewinnen.

Linke Parteien kämpfen damit, wie sie mit diesen Veränderungen umgehen sollen. In mehreren Ländern haben RLPs postmaterialistische Agenden angenommen, die den politischen Prioritäten der höher gebildeten städtischen Wähler:innen entsprechen. Wie die Beiträge über Deutschland, Frankreich, die Niederlande und Schweden zeigen, läuft diese Entwicklung an den Interessen einer traditionelleren Wählerschaft von ländlichen, weniger gebildeten Arbeiter:innen vorbei. Paolo Chiochetti stellt für die italienische Linke fest, dass die Hinwendung zu neuen linken Themen zum Niedergang der italienischen radikalen Linken beitrug, die ab 2006 zunehmend als Vertreterin der gebildeten Gesellschaftsschichten angesehen wurde. Dies führte die italienische radikale Linke in einen »Zustand der Schwäche, Fragmentierung und Identitätskrise«. Obwohl die traditionelle Wählerschaft aus der Arbeiterklasse die wirtschaftlichen Positionen der Linksparteien unterstützen müsste, bevorzugt sie eher eine traditionellere und national orientierte kulturelle Agenda sowie eine Priorisierung wirtschaftlicher gegenüber ökologischen Themen. Dies gilt auch für

Linksparteien in mehreren Ländern Mittelosteuropas, deren Fokus auf nicht-materialistische Themen zu ihrer Marginalisierung beitrug. Diese Parteien stehen vor der Herausforderung, für nicht-traditionelle Lebensstile in traditionellen Gesellschaften einzutreten und laufen so Gefahr, gesellschaftlich isoliert zu bleiben oder von dieser isoliert zu werden. Wenn jedoch eine »Tradionalisierung« zu einer Verschärfung der Gesetzgebung führt, wie in Polen in Bezug auf das Abtreibungsgesetz, hat die Linke eine Chance, soziale Proteste zu mobilisieren bzw. zu unterstützen.

In den skandinavischen Ländern waren die Linksparteien erfolgreicher, wenn es darum ging, eine ökologische Agenda anzunehmen. Jukka Pietiläinen stellt fest, wie sich das finnische Linksbündnis im letzten Jahrzehnt zu einer »postmaterialistischen, grünen, alternativen Partei« entwickelt hat. Das ist das Profil, für das die Partei seit ihrer Gründung 1990 gearbeitet hat. Auch die Wählerbasis der Partei ist vielfältiger als je zuvor. Aber auch hier warnt Pietiläinen, dass die Partei in den Augen der Arbeiter:innen »zu ökologisch und zu akademisch« wird.

Andere Linksparteien konzentrieren sich traditionell stärker auf die klassischen sozioökonomischen Themen – auf die soziale Frage wie die KKE in Griechenland und die tschechischen Kommunisten der KSČM. Während sich diese Parteien in ihren ideologischen und strategischen Positionen als unerschütterlich erwiesen haben – ebenso ihre politische Kultur, ist ihre Wählerbasis begrenzt, wenn nicht sogar rückläufig. Da die Wählerschaft dieser traditionellen, vor allem auch kommunistischen Parteien altert, haben sie es schwer, für neue Wähler:innen anschlussfähig zu sein, um Verluste kompensieren zu können. Doch der mangelnde Erfolg dieser Parteien könnte auch mehr mit der fehlenden Erneuerung an sich zu tun haben, als mit ihrem Fokus auf Materialismus.

Eva Milsted Enoksen und Ulrik Kohl führen den Wahlerfolg der linksradikalen rot-grünen Einheitsliste in Dänemark im Jahr 2011 auf die »Neuorientierung auf Brot- und Butterpolitik« dieser Partei zurück, die sich von ihrem früheren Fokus auf Identitätsfragen entfernte. Interessanterweise gewann die Partei durch diese Neuorientierung auch eine neue, mehr aus der Arbeiterklasse stammende Wählerschaft außerhalb der größeren Städte (obwohl Kopenhagen die Wahlhochburg der Partei bleibt). Die Belgische Arbeiterpartei (PTB) zeichnet sich durch ihre starke Präsenz in Bezirken mit einer großen, benachteiligten Wählerschaft aus, und es gelingt ihr, Stimmen von Arbeiter:innen mit Migrationshintergrund anzuziehen. Doch obwohl die PTB international ausgerichtet ist, befasst sich die Partei nicht mehr speziell mit Migrations- und Flüchtlingsfragen. Wie Nico Biver in diesem Band anmerkt, kann die Fokussierung der PTB auf soziale Fragen die guten Ergebnisse der Partei in Wallonien erklären, wo sich Wahlkampagnen im Allgemeinen auf soziale und wirtschaftliche Themen konzentrieren. Es könnte auch erklären, warum die Partei in der

wohlhabenderen Region Flandern weniger erfolgreich ist, wo die Migration schon seit Jahrzehnten ein dominierendes politisches Thema ist.

In anderen Ländern haben die Linksparteien interne Kämpfe über die Richtung, die sie einschlagen sollen, durchlaufen. In Deutschland ist das Ringen um programmatische Fragen bei DIE LINKE eng mit Fragen nach der Zielgruppe der Partei verbunden, was zu internen Debatten darüber führt, ob sich die Partei auf soziale Themen oder auf eine sozial-ökologische Transformation konzentrieren soll, wie sich beides verbinden ließe und inwieweit auch die Mittelschichten von linker Politik angesprochen werden sollen. Wie sich für die Sozialistische Partei in den Niederlanden zeigt, kann die Aufgabe, unterschiedlichen Wählergruppen entgegenkommen zu müssen, in der Tat entmutigend sein: Wenn die Partei eine Entscheidung in die eine oder andere Richtung trifft, läuft sie Gefahr, einen erheblichen Teil ihrer Wähler:innen und Aktivist:innen zu enttäuschen. Im Fall der Sozialistischen Partei der Niederlande steht der interne Kampf in direktem Zusammenhang mit der wahrgenommenen Zielgruppe der nationalen Arbeiter oder des »einfachen Mannes«, der vor den Auswirkungen der Globalisierung geschützt werden muss – einschließlich der Verdrängung vom Arbeitsmarkt oder des Wettbewerbs um Sozialwohnungen mit Arbeitsmigrant:innen und Flüchtlingen. Dieser Diskurs zeigt wenig Bewusstsein für die Tatsache, dass ein wesentlicher Teil der einheimischen Arbeiterklasse heute einen Migrationshintergrund hat. Umgekehrt zeigt Adrien Thomas, wie die luxemburgische Déi Lénk mit einem Diskurs, der sich stark auf soziale Ungleichheiten stützt, in erster Linie auf eine Gemeinschaft von Arbeiter:innen der Unterschicht zielt, obwohl es sich bei denjenigen, die in prekären Positionen arbeiten, oft um Migrant:innen handelt, die kein Wahlrecht haben.

In einigen wenigen Ländern ist es den Parteien tatsächlich gelungen, die traditionelle und die neue linke Wählerschaft erfolgreich zu vereinen. Dies gilt insbesondere für jene Linksparteien, die erfolgreich um politische Macht kämpfen, gegebenenfalls auch, um sie zu übernehmen. Darunter sind die Parteien in Griechenland und Zypern, aber auch in Belgien und Dänemark. Vor allem in Spanien und Portugal haben starke feministische Bewegungen auch zur Zusammenarbeit zwischen Gruppen mit unterschiedlichen linken Ausrichtungen und zur Verknüpfung unterschiedlicher sozialer und soziokultureller Milieus beigetragen.

Ein wichtiger Faktor könnte dabei sein, dass es in Zypern, Griechenland und Spanien, wo die radikale Linke im letzten Jahrzehnt die politische Landschaft prägte, keine oder nur sehr schwache grüne Parteien gibt. Umgekehrt haben Linksparteien in Ländern, in denen in den letzten Jahren starke ökologische Bewegungen entstanden sind (z.B. Fridays for Future und große Klimamärsche), bei den letzten Wahlen grundsätzlich nicht mehr Stimmen erhalten. Ein Grund dafür liegt in der Konkurrenz um die Wähler:innen, die Fragen des Klimas und

der Ökologie priorisieren, mit den grünen Parteien, die dieses Thema traditionell besitzen. Für radikale linke Parteien stellt sich damit die Frage, wie sie ihren traditionellen Fokus auf die soziale Frage mit der Sorge um den Klimawandel in konkreten politischen Programmen verbinden können. Linke Parteien in Skandinavien, Deutschland und Frankreich diskutieren diese Themen in ihren Agenden zur sozial-ökologischen Transformation; gleichzeitig bleibt das relative Gewicht ökologischer Fragen innerhalb von Teilen der radikalen Linken umstritten – auch in Deutschland.

Schließlich stellt sich die Frage, wie weit radikale linke Programme in die politische Mitte hinein ausgedehnt werden können. In Großbritannien wurde der Versuch, linksradikale Positionen in die Labour Party zu bringen, zunächst mit viel Enthusiasmus aufgenommen, war aber letztlich nicht von Dauer. Die auf der Linken freigesetzte Energie hat jedoch die Möglichkeit geschaffen, dass Left Unity als neue Partei links von der Labour Party entstehen konnte. Die Gründung dieses sozialistischen, feministischen und umweltpolitischen Netzwerks im Jahr 2013 hatte ihren Ursprung in der »Europe against Austerity«-Konferenz von 2011, die die britische Anti-Austeritätsbewegung und die Gewerkschaften in direkten Kontakt mit der europäischen radikalen Linken brachte. Die Griechenland-Solidaritätskampagne stärkte anschließend die Beziehungen zwischen linksradikalen Akteuren in Großbritannien und Griechenland. Left Unity hat sich seitdem als kleine, aber stabile Kraft auf der linken Seite der britischen Politik etabliert und hat Mitgliedsstatus innerhalb der Europäischen Linkspartei.

Verknüpfungen mit sozialen Bewegungen und der außerparlamentarischen Linken

Die oben erwähnten programmatischen Fragen sind mit Strategien der Verknüpfung verwoben. Es ist kein Geheimnis, dass traditionelle Linksparteien dazu neigen, Verbindungen fast ausschließlich mit loyalen, der Partei nahestehenden Gruppen aufzubauen. Die KKE in Griechenland und die KSČM in der Tschechischen Republik sind dafür klare Beispiele. Die belgische PTB versucht, ihren früheren Dogmatismus zu überwinden und kommuniziert nun mit einem breiten Spektrum linker Kräfte, aber sie kooperiert noch immer hauptsächlich mit parteinahen Organisationen.

Auf der anderen Seite des Spektrums neigen Linksparteien des demokratisch-sozialistischen Typs, die ideologisch vom Marxismus der Zeit nach 1968, der Sozialdemokratie und den einheimischen sozialistischen Traditionen inspiriert wurden, dazu, nach breiteren Bündnissen innerhalb der Gesellschaft zu suchen. In aktiven Auseinandersetzungen bemühen sie sich ebenso um die Un-

terstützung von verschiedenen unabhängigen linken Akteuren. Beispiele dafür sind die Parteien, die zur Nordischen Linken gehören, aber auch die größeren Linksparteien in Südeuropa wie Syriza und Unidas Podemos. Die letztgenannten Beispiele illustrieren, wie starke Verbindungen zu Bewegungen dazu beitragen können, politische Macht zu gewinnen. Doch wie Danai Koltsida und Marga Ferré für Syriza bzw. Unidas Podemos anmerken, wurden die Verbindungen zu genau den Bewegungen, die zu ihrem politischen Erfolg beigetragen hatten, auch stärker belastet, als diese Bewegungen nunmehr gegen die Linksparteien als verantwortliche Träger der Regierungspolitik protestierten. Diese Erfahrungen hatten Jahre zuvor bereits die italienische *Rifondazione Comunista* (PRC) machen müssen.

Breit aufgestellte und parlamentarisch erfolgreiche Linksparteien haben oft starke Verbindungen in die Zivilgesellschaft, auch in organisierte Interessenvertretungen wie Gewerkschaften. Dies ist besonders bei älteren Parteien der Fall. Die AKEL in Zypern ist eine Massenpartei, die bei nationalen Wahlen etwa ein Drittel der Stimmen auf sich vereinigt und fest in der Gesellschaft verankert ist. Viele der Parteien in Nordwesteuropa haben sich seit 1990 mit einer Vielzahl von zivilgesellschaftlichen Organisationen vernetzt. Manchmal fiel es ihnen schwer, Verbindungen zu Organisationen aufzubauen, die traditionell der Sozialdemokratie nahestehen, und sie konzentrierten sich daher stattdessen auf neue soziale Bewegungen und Proteste sowie auf NGOs. Der Niedergang der Sozialdemokratie hat der radikalen Linken in diesem Bereich jedoch mehr Raum eröffnet. In einigen Fällen können die Parteien jedoch ihre erklärten Präferenzen in Bezug auf die Verknüpfung nicht einhalten. Wie Henning Süßner Rubin anmerkt, hegt die schwedische Linkspartei das Ideal einer Bewegungspartei, ist aber eher eine Partei von Lokalpolitiker:innen mit überwiegend passiven Mitgliedern.

Kleine Linksparteien haben in der Regel weniger, manche fast gar keine Zugänge zu zivilgesellschaftlichen Initiativen. Nicht selten ist dies das Ergebnis von Fraktionalismus in einer ohnehin sehr kleinen linksradikalen Szene. Dies gilt umso mehr für Länder, in denen Linksparteien keine parlamentarische Präsenz haben. Das Hauptproblem der progressiven bulgarischen Linkspartei ist laut Tsoneva ihre fehlende soziale Basis – ihre soziale Verankerung. Umgekehrt existiert dort, wo Linksparteien politisch unbedeutend sind, die radikale Linke oft hauptsächlich in Form von Bewegungen und Organisationen. So beschreibt Krunoslav Stojaković, wie Studierendenproteste als Katalysator für neue soziale Proteste in Kroatien, Serbien und Slowenien dienten und so an der Basis einer neuen Linken Südosteuropas standen, die für direkte, partizipative und horizontale Demokratie eintritt. Dies wiederum hat auch zur parlamentarischen Präsenz der radikalen Linken in Slowenien (Levica) und Kroatien (Grüner-Links-Block) geführt. Starke soziale Bewegungen gibt es auch in

Großbritannien, wo das »firstpast the post«-Wahlsystem die Entwicklung einer substanziellen Linkspartei behindert.

Schließlich versuchen Linksparteien auch, breitere Unterstützung zu gewinnen, indem sie sich an Aktionen der unabhängigen Linken und Protestbewegungen beteiligen. Giuseppe Cugnata beschreibt, wie in Frankreich linke Parteien versuchten, von den sozialen Mobilisierungen der Jahre 2018 und 2019 zu profitieren. Letztendlich profitierten die Linksparteien jedoch nicht vom Ausbruch der politischen Unruhen (einschließlich der Gelbwestenbewegung und der Klimaproteste) bei den Europawahlen, die kurz nach der Protestwelle folgten. Der aktuelle Versuch, eine neue breite linke, ökologische und antikapitalistische Bewegung (Big Bang pour la Gauche) zu schaffen, wird hauptsächlich von Politiker:innen der radikalen Linken angeführt, allerdings mit dem klaren Versuch, zivilgesellschaftliche Bewegungen zu integrieren.

Positionen zur europäischen Integration

Obwohl sich die RLP in ihrer Kritik am aktuellen neoliberalen Design der EU einig sind, vertreten sie sehr unterschiedliche Positionen zur Zukunft der Union. Eine Mehrheit der europäischen Linksparteien sieht die Europäische Union als gegeben an. Diese Parteien unterstützen verschiedene Grade der europäischen Integration, oder sie sehen die EU einfach nicht am Ende. Anstatt einen Austritt aus der Union anzustreben, konzentrieren sich diese Parteien auf eine Veränderung der europäischen Institutionen, um sie demokratischer und rechenschaftspflichtiger zu machen und um soziale und grüne Politik zu unterstützen. Seit 2015 sind Debatten darüber, wie man mit der Austerität brechen kann, in der europäischen Linken zentral geworden. Doch gerade nach dem Brexit sind die Befürworter:innen eines EU-Austritts weitgehend verstummt.

Trotz der Tatsache, dass ihre Länder am stärksten von den Austeritätsmaßnahmen betroffen waren, haben sich linke Parteien Südeuropas im Allgemeinen nicht für einen Austritt aus der EU ausgesprochen. Syriza in Griechenland kämpfte während ihrer Regierungszeit damit, ihr traditionelles Eintreten für eine tiefere Integration in ein soziales Europa mit der weitverbreiteten Empörung über die mangelnde Achtung der griechischen Souveränität durch die Troika in Einklang zu bringen. In Spanien ist die Kritik an der EU als Folge der Finanzkrise gewachsen, aber weder Podemos noch Izquierda Unida befürworteten den Austritt aus der Union. Stattdessen haben sich beide Parteien aktiv an neuen Initiativen der europäischen Linken beteiligt, darunter die Initiative Plan B für Europa und, im Fall von Podemos, auch Now the People. Diese neuen Initiativen werden weiter unten ausführlicher beschrieben. In Zypern machte die AKEL einen Vorschlag für den Austritt aus der EU, als sie 2013 nicht

mehr an der Regierung war; die Partei zog den Plan jedoch bald wieder zurück, nachdem sie merkte, dass er in der Gesellschaft auf starken Widerstand stieß.

Die nordischen Linksparteien sind seit Langem für ihre Ablehnung der EU bekannt, aber in Dänemark und Schweden scheinen sich die Positionen zu verschieben. Eva Milsted Enoksen und Ulrik Kohl stellen fest, dass insbesondere der Brexit die Idee eines Austritts aus der Union für die skandinavischen Bürger:innen weniger attraktiv gemacht hat. Das dänische Rot-Grüne-Bündnis, das ursprünglich einen Austritt aus der EU befürwortete, scheint sich nun auf eine EU-kritische Position zuzubewegen und den Standpunkten der meisten Parteien der europäischen Linken näherzukommen. Dies zeigt sich auch in der Entscheidung, bei den Europawahlen 2019 erstmals mit einer eigenen Parteiliste anzutreten. Die Abkehr von der EU-Opposition wird jedoch innerhalb der Partei heftig diskutiert, und eine endgültige Entscheidung über die offizielle EU-Politik der Partei wird auf dem Parteitag 2022 erwartet. Die schwedische Vänsterpartiet führt ebenfalls eine interne Debatte über die Haltung der Partei zur EU-Mitgliedschaft. Hier wird der Wechsel von der totalen Opposition zu einer Position des »Wandels von innen« vor allem von der Parteiführung vorangetrieben und hat die Unterstützung von Mitgliedern, die erst kürzlich der Partei beigetreten sind, während ältere Mitglieder die neue Richtung ablehnen. Trotz ihrer traditionellen Ablehnung der EU engagieren sich sowohl die Red Green Alliance (RGA) als auch die Vänsterpartiet aktiv in europäischen linken Initiativen. Beide Parteien waren mit der 2016 gestarteten Initiative Plan B verbunden, und vor den Wahlen 2019 traten sie der Plattform Now the People bei. Das finnische Linksbündnis hatte bereits 1995 eine positivere Haltung zur europäischen Integration eingenommen, als dieser Schritt als notwendige Bedingung für eine Regierungsbeteiligung angesehen wurde.

Im Gegensatz dazu bleibt die Sozialistische Partei der Niederlande skeptischer gegenüber der europäischen Integration. Die Partei erwägt einen Rücktritt vom Euro und fordert eine EU, in der die nationale Souveränität respektiert wird. Die irische nationalistische Sinn Féin plädiert ebenfalls für ein »Europa der souveränen Staaten«. Diese Parteien vertreten Positionen, die im Widerspruch zu denen der Mehrheit der europäischen Linksparteien stehen, und sie neigen dazu, sich weniger in europäischen linken Projekten zu engagieren. Das Gleiche gilt für mehrere kleine kommunistische Parteien in ganz Europa, wie zum Beispiel in Italien, die anstelle dessen ihr internationales Profil betonen.

Ungeachtet ihrer führenden Rolle in der Europäischen Linkspartei (EL) gibt es auch innerhalb der deutschen Partei DIE LINKE eine beträchtliche Debatte über die Haltung zur EU: Während die Mehrheit für eine Neuverhandlung der Verträge eintritt, die von den europäischen Bürger:innen in einem verbindlichen Referendum gebilligt werden sollte, behaupten andere, dass die EU als neoliberales, undemokratisches und imperialistisches Projekt abgelehnt wer-

den sollte. In Österreich hat sich die KPÖ 1995 gegen den EU-Beitritt des Landes ausgesprochen, aber seither hat eine Mehrheit der Parteimitglieder die Europäische Union als gegeben, aber mit grundlegendem Veränderungsbedarf, akzeptiert. Das gilt allerdings nicht für den steirischen Landesverband der KPÖ, der sich die Option eines EU-Austritts erhalten will. Die steirische KPÖ will auch die Mitgliedschaft der Partei in der EL, deren Gründer sie einst war, reduzieren und ihr Engagement auf einen reinen Beobachterstatus beschränken. Gleichzeitig unterstützen die Parteien in der Slowakei weiterhin die europäische Integration, trotz ihrer Vorbehalte gegenüber den europäischen Institutionen. Ähnliches gilt für die Linkspartei Bulgariens.

Wie die meisten anderen Parteien betrachtet auch die Belgische Arbeiterpartei (PTB) die EU als gegeben. Allerdings steht die Partei der Aussicht auf eine Veränderung, die von den europäischen Institutionen selbst kommt, eher skeptisch gegenüber. Stattdessen befürwortet die PTB den Aufbau einer gesamteuropäischen Gegenmacht aus sozialen Bewegungen und Gewerkschaften, um radikale Veränderungen durchzusetzen. Dies entspricht dem allgemeinen Fokus der PTB auf den außerparlamentarischen Kampf. Die RLP in Kroatien, Serbien und Slowenien konzentrieren sich ebenfalls auf Bewegungskämpfe, was nicht überrascht, da diese Parteien aus den jüngsten Protestbewegungen hervorgegangen sind. Viele der im vorliegenden Band besprochenen europäischen RLPs beteiligen sich auch an Europäischen Sozialforen und anderen breiteren Initiativen der radikalen Linken, die nicht direkt mit europäischen politischen Institutionen verbunden sind.

Allerdings – und das ist ein grundlegendes Problem aller Linksparteien und vielen linken Bewegungen in Europa,³ einschließlich der starken Parteien innerhalb der ELP – steht Europa als Feld der Auseinandersetzung, das tief in die nationalen Belange der EU-Mitgliedsländer hineingreift, nicht gleichermaßen gewichtet auf der Agenda der jeweiligen Linksparteien.

Die Fragmentierung der Europäischen Linken

Die meisten der in diesem Band besprochenen linksradikalen Parteien sind trotz ihrer unterschiedlichen Haltungen zur EU der Partei der Europäischen Linken (ELP) angeschlossen. Als wichtigste linksradikale Partei auf europäischer Ebene steht die ELP für die sozial-ökologische Transformation der europäischen Gesellschaft und für die Demokratisierung der europäischen Institutionen. Die ELP fordert darüber hinaus ein Ende der Sparprogramme und

³ Der Kampf gegen das Handelsabkommen TTIP war hier eine große Ausnahme, allerdings ohne nachhaltige Wirkung.

des Fiskalpakts, die durch ein öffentliches Investitionsprogramm und eine demokratische Kontrolle des Finanzsektors, einschließlich der Besteuerung von Großunternehmen, ersetzt werden sollen. In ihrem Manifest für die Europawahlen 2019 forderte die ELP auch soziale Rechte für alle in der EU lebenden Menschen, einschließlich Migrant:innen. Doch trotz dieser gemeinsamen Plattform ist die ELP in der europäischen Öffentlichkeit nicht bekannt, und die meisten der jeweiligen Mitgliedsparteien schenken der ELP in ihren politischen Diskussionen auf nationaler Ebene wenig Beachtung. In dieser Situation unterscheidet sich die ELP kaum von den anderen europäischen Parteien. Das spiegelt auch das Demokratiedefizit der EU wider.

Ungeachtet dieses allgemeinen Mangels an Sichtbarkeit der europäischen Parteien hat die globale Finanzkrise das Gefühl der Dringlichkeit, ein progressives Bündnis gegen die Austeritätspolitik zu koordinieren, verstärkt und eine stärkere europäische Koordination der radikalen Linken gefordert. Dementsprechend spielte die Europäische Linkspartei eine zentrale Rolle bei der Unterstützung der von Austeritätsmaßnahmen betroffenen Länder, und die Nominierung von Alexis Tsipras als Spitzenkandidat für die Europawahl 2014 war ein höchst symbolischer Akt linker Solidarität mit Syriza und Griechenland. Doch gleichzeitig fiel es der EL schwer, über einen allgemeinen Ruf nach einer stärkeren Linken hinaus konkrete Unterstützung für Syriza zu formulieren. Auch die geringe Größe und Wirksamkeit der ihr angehörenden Parteien, vor allem aus Nord- und Westeuropa, begrenzte den Einfluss der EL.

Dies trug zum Entstehen neuer Initiativen für eine europäische linke Politik bei, insbesondere nach 2015, als die Syriza-geführte Regierung Griechenlands ein neues Rettungsabkommen mit der Troika unterzeichnen musste, obwohl die Bürger:innen das Memorandum in einem nationalen Referendum abgelehnt hatten. Diese neuen Initiativen unterscheiden sich kaum in ihren Analysen, die die EU als neoliberales und undemokratisches Projekt von der Europäischen Linkspartei identifizieren. Dennoch führten ihre Konsequenzen zu unterschiedlichen Strategien, die bestehende politische und wirtschaftliche Ordnung zu verändern, und forderten so die Position der Europäischen Linkspartei heraus. (Siehe auch Hildebrandt 2019) Zu diesen Initiativen gehörten die Plan-B-Bewegung, DiEM25 und der Green New Deal sowie zuletzt Now the People.⁴

⁴ Gleichzeitig ist diese Strategie auf den Widerstand einiger RLP gestoßen, die wenig Nutzen in einer engeren Zusammenarbeit mit Partnern sehen, die andere Ziele haben und die das Gefühl haben, dass Koalitionen mit anderen progressiven Kräften die eindeutige Identität der europäischen radikalen Linken verwässern könnten, wie Yiannos Katsourides für die AKEL in Zypern anmerkt.

Beginnend im Jahr 2016 in Paris und Madrid wurden in verschiedenen europäischen Ländern Konferenzen organisiert, um einen »Plan B für Europa« zu diskutieren. Die Initiative entstand aus der Ablehnung der von der EU auferlegten Sparmaßnahmen für schuldengeplagte Länder während der Finanzkrise. Sie sah die Schaffung einer gesamteuropäischen Bewegung zur Veränderung der EU vor und forderte mit dem europäischen Binnenmarkt zu brechen, die EU zu demokratisieren und das Recht der einzelnen Länder, Gesetze zu erlassen, die über die gemeinsame EU-Gesetzgebung zum Schutz von Mensch und Umwelt hinausgehen. Während Plan B von linksradikalen Politiker:innen aus Griechenland (Varoufakis, Konstantopoulou), Frankreich (Mélénchon), Italien (Fassina) und Deutschland (Lafontaine) initiiert wurde, zog dieses Projekt bald Teilnehmer:innen aus linksradikalen Parteien und Organisationen von Schweden bis Portugal und von Belgien bis Polen an. Doch trotz dieser anfänglichen Begeisterung gelang es der Initiative nicht, sich erfolgreich an den Europawahlen zu beteiligen und anschließend eine eigene europäische Linksfraktion zu bilden oder sich nach den Wahlen von 2019 eine stabilere Präsenz in der europäischen Öffentlichkeit zu sichern.

Im Februar 2016, kurz nach dem ersten Plan-B-Gipfel, gründete Yannis Varoufakis zusammen mit dem kroatischen Philosophen und Aktivisten Srećko Horvat DiEM25 als paneuropäische Bewegung, die für eine radikale Transformation der EU eintritt. DiEM25 ist offen für individuelle Mitglieder und sucht explizit den Input von bekannten und einflussreichen Persönlichkeiten über die »eigenen« Reihen hinaus; dies zeigt sich auch im Beirat der Bewegung, dem Aktivist:innen, Politiker:innen sowie Akademiker:innen aus ganz Europa und den USA angehören. Im April 2019 startete die Bewegung die Kampagne »Green New Deal for Europe«, um breitere Allianzen für ihre Klima-Agenda zu schaffen. Im Vorfeld der EP-Wahlen 2019 gründete DiEM25 die transnationale Partei »Europäischer Frühling«. Mehrere kleinere linksradikale Parteien schlossen sich im Vorfeld der Europawahlen 2019 der Partei »Europäischer Frühling« an, jedoch konnte keine von ihnen einen Sitz im EP erringen. Ein Beispiel ist RAZEM aus Polen; die Partei steht der europäischen Integration positiv gegenüber und unterstützt die weitere Integration im Rahmen eines sozialen Europamodells.

DiEM25 war jedoch nicht die einzige linksradikale Initiative, die im Vorfeld der Europawahlen 2019 gegründet wurde. Im April 2019 kündigten Jean-Luc Mélenchon (France Insoumise), Pablo Iglesias (Podemos, Spanien) und Catarina Martins (Bloco de Esquerda, Portugal) die Gründung von Now the People an. Diese paneuropäische Bewegung begann ebenfalls mit der Ablehnung von Sparmaßnahmen und forderte eine demokratische und soziale Transformation der Europäischen Union, die die Souveränität des Volkes verteidigen soll. Der Initiative schlossen sich die Rot-Grüne Allianz aus Dänemark und die

Linksallianz aus Finnland an sowie die italienische Power to the People (PaP). Now the People war ebenfalls nicht in der Lage, nach den Europawahlen eine eigene Fraktion im Europäischen Parlament zu bilden. Auch diese Bewegung scheint nach den Wahlen weniger aktiv, gegebenenfalls auch deshalb, weil die Abgeordneten der ihr angehörenden Parteien der Linksfraktion im Europaparlament (Left-Group, ehemals GUE/NGL) beitraten, zumal ein Teil der in der Initiative engagierten Parteien zugleich auch Mitgliedsparteien der EL sind. Keines der drei 2019 angetretenen linken Projekte hatte das Potenzial für die Bildung einer eigenständigen Fraktion. Bei diesen Wahlen 2019 erzielten die Linksparteien mit 5,46% der Stimmen eines ihrer schlechtesten Ergebnisse bei den Europawahlen. Dies hat die EL dazu veranlasst, ihre Strategien zu überdenken, insbesondere was ihre öffentlichen Aktionen und ihre Sichtbarkeit betrifft. Einer der Gründe für die mangelnde Sichtbarkeit der EL ist in der überwiegend nationalen Ausrichtung ihrer Mitgliedsparteien zu finden. Erschwerend kommt hinzu, dass europäische Themen dazu neigen, nur vorübergehend Mobilisierungskraft zu entwickeln. Das war etwa bei den Protesten gegen die Maßnahmen der Troika sowie gegen das Handelsabkommen TTIP der Fall. In den meisten Fällen werden europäische Themen weiterhin als zweitrangige Angelegenheiten behandelt, die den nationalen Interessen und Angelegenheiten untergeordnet sind. Die Fallbeispiele in diesem Band bestätigen dieses Bild einmal mehr.

Fazit

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die radikale Linke in Europa eine große Anzahl von Parteien, Bewegungen und Organisationen umfasst und sich durch ideologische, programmatische und organisatorische Vielfalt auszeichnet. Darüber hinaus agieren die Akteure unter unterschiedlichen lokalen und nationalen Bedingungen, die ihre Ansichten und Organisation stark beeinflussen. Ungeachtet dieser Unterschiede sehen sich die Organisationen der radikalen Linken in ganz Europa mit gemeinsamen Themen konfrontiert, die sich auf mehreren Ebenen abspielen. Dazu gehören die globale Klimakrise, die europäische Austeritätspolitik und die Fragmentierung der nationalen politischen Landschaften. Diese Einführung hat einige dieser gemeinsamen Themen skizziert – und die unterschiedlichen Antworten, die linksradikale Organisationen darauf formuliert haben. Sie kann jedoch in keiner Weise alle Besonderheiten der verschiedenen linksradikalen Parteien und Organisationen in ihren lokalen Kontexten abdecken. Ausführliche Diskussionen zu den jeweiligen Parteien und Organisationen bieten die Länderkapitel dieses Bandes.

Literatur

- Agustín, Óscar García (2020): *Left-Wing Populism. The Politics of the People*. Bingley. European Left Party (2019): *Reset Europe, go left! Overcoming capitalism to build a Europe of peoples, save the planet and guarantee peace*. european-left.org/wp-content/uploads/2019/12/Political-Document-Final-version-EL-Congress-2019.pdf (13.5.2021).
- Fassin, Didier (2020): *The blind spots of Left populism*. In: *OpenDemocracy: opendemocracy.net/en/rethinking-populism/blind-spots-left-populism/* (20.5.2021).
- Hildebrandt, Cornelia (2010): *Fragmentierung und Pluralismus von Linksparteien in Europa*. In: Daiber, Birgit/Hildebrandt, Cornelia/Striethorst, Anna (Hrsg.): *Von Revolution bis Koalition: Linke Parteien in Europa*. Berlin.
- Hildebrandt, Cornelia (2019): *Nationales versus EU: Europas Linke zwischen Annäherung und Abgrenzung. Zu den europäischen Kräfteverhältnissen und zur Situation der Linksparteien vor den Europawahlen*. die-zukunft.eu/nationales-versus-eu-europas-linke-zwischen-annaehderung-und-abgrenzung/ (10.6.2021).
- Katsambekis, Giorgos/Kioupkiolis, Alexandros (2019): *The Populist Radical-Left in Europe*. Abingdon/New York.
- Keith, Daniel/March, Luke (2016): *Introduction*. In: Keith, Daniel/March, Luke (Hrsg.): *Europe's Radical Left. From Marginality to the Mainstream?* London/New York, 1-23.
- March, Luke/Mudde, Cas (2005): *What's Left of the Radical Left. The European Radical Left after 1989: Decline and Mutation*. In: *Comparative European Politics* 1, 23-49.
- Mouffe, Chantal (2018): *For A Left Populism*. London/New York.
- Mudde, Cas/Kaltwasser, Cristobal Rovira (2017): *Populism: A Very Short Introduction*. Oxford.
- Müller, Jan Werner (2016): *Was ist Populismus?* Philadelphia.
- Prentoulis, Marina (2021): *Left Populism in Europe: Lessons from Jeremy Corbyn to Podemos*. London.
- Sotiris, Panagiotis (2019): *Is a »Left-Populism« Possible?* In: *Historical Materialism* 27 (2), 3-39.
- Sunkara, Bhaskar (2019): *From socialisms and populism and back*. In: *Jacobin* 35. jacobinmag.com/2019/11/from-socialism-to-populism-and-back/ (25.5.2021).

Die Autor:innen

Michael Augustin ist Doktorand und Dozent an der Fakultät für Internationale Beziehungen der Wirtschaftsuniversität in Bratislava und Forscher am Institut für Politikwissenschaft der Slowakischen Akademie der Wissenschaften. Kontakt: michael.augustin.ma@gmail.com.

Andrius Bielskis ist Professor am Institut für Politikwissenschaft und Direktor des Zentrums für Aristotelische Studien und Kritische Theorie an der Mykolas-Romeris-Universität, Vilnius, Litauen. Er ist der Gründer der progressiven sozialen Bewegung »Neue Linke 95« und der Direktor des DEMOS-Instituts für kritisches Denken. Kontakt: andrius.bielskis@mruni.eu.

Nico Biver ist diplomierter Wirtschaftswissenschaftler. Er lebt in der Universitätsstadt Marburg und war Mitarbeiter verschiedener Abgeordneter der PDS und später der LINKEN. Er ist auch als Publizist und Dokumentarist zur Geschichte und Gegenwart der globalen radikalen Linken tätig. Kontakt: nbiver@web.de.

Amieke Bouma ist Geschichtslehrerin am Joke Smit College in Amsterdam. Ihre Forschungsinteressen umfassen post-sozialistische Geschichtsschreibung und Politik der radikalen Linken in Europa.

Dr. Paolo Chiochetti ist Politikwissenschaftler mit den Schwerpunkten Vergleichende Politikwissenschaft und Europäische Studien. Er arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Robert Schuman Centre for Advanced Studies (RSCAS) des Europäischen Hochschulinstituts und erforscht Modelle der differenzierten Integration für das InDivEU-Projekt. Außerdem lehrt er an der Humboldt-Universität zu Berlin und an der Freien Universität Bozen. Kontakt: mail@paolochiochetti.it.

Giuseppe Cugnata ist Doktorand in Soziologie und Politikwissenschaft an der Scuola Normale Superiore (Italien). Kontakt: giuseppecugnata1@gmail.com.

Niks Derums ist ein Umweltaktivist und Mitbegründer der lettischen linken Jugendorganisation »Proteste«. Kontakt: niks.derums@gmail.com.

Eva Milsted Enoksen ist Politikwissenschaftlerin und Parlamentskandidatin für die rot-grüne Einheitsliste in Dänemark. Sie arbeitet in der Task-Force der Stadt Kopenhagen zum Thema Sozialdumping. Kontakt: eenoksen@hotmail.com.

Marga Ferré ist Präsidentin der Stiftung Europa der Bürger / Fundación por la Europa de los Ciudadanos (FEC, Spanien) und zusammen mit Cornelia Hildebrandt Co-Präsidentin von transform! Europe. Kontakt: ferre@transform-network.net.

André Freire ist Professor für Politikwissenschaft am ISCTE-IUL (Universitätsinstitut von Lissabon) und Wissenschaftlicher Mitarbeiter am CIES-IUL

(Zentrum für soziologische Studien und Forschung); ist Direktor des Doktorandenkollegs der PS von 2015 bis heute. Er war auch Direktor des Graduiertenkollegs der PS, 2009–2015 der ISCTE-IUL in Lissabon. Kontakt: andre.freire@iscte-iul.pt.

Cornelia Hildebrandt ist seit September 2020 mit Marga Ferré Co-Präsidentin von transform! Europe.

Dr. Stephen Hopkins arbeitet an der Fakultät für Geschichte, Politik und Internationale Beziehungen der Universität Leicester, Großbritannien. Kontakt: E-mail: SH15@le.ac.uk.

Kate Hudson ist eine britische linke politische Aktivistin und Akademikerin, Generalsekretärin der Kampagne für nukleare Abrüstung (CND) und Funktionärin von Left Unity. Sie war von 2003 bis 2010 Vorsitzende der CND und ist seit 2002 Vorstandsmitglied der Initiative »Stop the War Coalition«. Von Beruf Historikerin, war sie von 2003 bis 2010 Leiterin der Abteilung für soziale und politische Studien an der London South Bank University und ist Autorin einer Reihe von Büchern, darunter zwei über die Europäische Linke. Kontakt: kate.hudson@cnduk.org.

Dr. Piotr Janiszewski ist Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Warschau. Kontakt: piotr.janiszewski@rosalux.org.

Dr. Yiannos Katsourides ist Assistenzprofessor für Politikwissenschaft an der Universität von Nikosia, Abteilung für Governance und Politik. Er hat einen Dokortitel in Politikwissenschaft von der Universität Zypern. Zuvor war er Direktor des Prometheus Research Institute und Lehrbeauftragter an der Fakultät für Sozial- und Politikwissenschaften der Universität von Zypern. Er hatte Gaststipendien des Hellenic Observatory des Europäischen Institutes der London School for Economics and Political Science (LSE), des Institute of Commonwealth Studies der University of London für fünf Jahre (2010–2015) und der British School in Athen. Kontakt: katsourides.y@unic.ac.cy.

Ulrik Kohl ist Stadtplaner. Er ist ehemaliger Koordinator für Organisation der rot-grünen Einheitsliste und Stadtrat von Kopenhagen. Kontakt: ulrikkohl@gmail.com.

Danai Koltsida ist Juristin und Politikwissenschaftlerin. Derzeit ist sie Direktorin des Nicos Poulantzas Institute mit Sitz in Athen und Vizepräsidentin von Transform! Europe.

Matěj Metelec ist Essayist und Publizist, Redakteur der kulturellen Wochenzeitschrift A2. Er arbeitet seit Langem als Dramaturg von Diskussionsabenden mit dem Brünner HaDivadlo und dem Internationalen Dokumentarfilmfestival Ji.hlava zusammen und ist Mitautor der Adaption von Hannah Arendts »Eichmann in Jerusalem« für Divadlo Feste. Seine Texte beschäftigen sich u.a. mit der Geschichte der sozialistischen Bewegung, der Frage

nach der Spezifik des mitteleuropäischen Raums und dem tschechischen Politischen. Kontakt: metelec@advojka.cz.

Dr. Jukka Pietiläinen ist Direktor des Left Forum in Finnland und Mitglied des Vorstands von transform! Europe. Er ist Doktor der Sozialwissenschaften der Universität Tampere und war leitender Forscher zu russischen Medien und Gesellschaft an der Universität von Helsinki. Kontakt: jukka.pietilainen@vasemmistofoorumi.fi.

Florin Poenaru ist Dozent für Sozialanthropologie an der Universität Bukarest und Mitherausgeber von CriticAtac. Kontakt: poenaru.florin@gmail.com.

Zoltán Pogátsa ist ein internationaler politischer Ökonom, der sich mit Fragen der Entwicklung, der Ökonomie und Politik der europäischen Integration sowie mit Fragen im Zusammenhang mit Mitteleuropa und dem Balkan beschäftigt. Seine Heimatinstitution ist die Wirtschaftsfakultät der Westungarischen Universität, wo er den Master-Studiengang »International Economics and Business« leitet. Er forscht auch für die Ungarische Akademie der Wissenschaften. Er hat an verschiedenen Universitäten in der Slowakei, der Tschechischen Republik, Österreich, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Irland gelehrt. Kontakt: pogatsa@gmail.com.

Barbara Steiner ist Politikwissenschaftlerin, Direktorin von transform! Europe mit Sitz in Wien und Mitglied von transform.at. Kontakt: steiner@transform-network.net.

Krunoslav Stojaković ist Historiker und Leiter des Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Belgrad und Tuzla (Bosnien-Herzegowina). Kontakt: krunoslav.stojakovic@rosalux.org.

Henning Süssner Rubin ist Historiker und ehemaliger Koordinator der historischen Analysegruppe der schwedischen Linkspartei. Seit 2007 ist er der Rektor der Volkshochschule der Linken in Malmö. Kontakt: henning.suessner@gmail.com.

Dr. Adrien Thomas ist Politikwissenschaftler. Er war einer der Mitbegründer von transform! Luxemburg. Kontakt: athom8@hotmail.com.

Jana Tsoneva ist Soziologin an der bulgarischen Akademie der Wissenschaften. Sie ist auch Gründungsmitglied vom Collective for Social Interventions (KOI), einer in Sofia ansässigen Forschungs-NGO mit Verlag. Kontakt: jana.tsoneva@gmail.com.